



09.12.2011 / Inland / Seite 6

Lkw-Kolonnen mit radioaktiver Fracht

NRW: Streit um 152 Castortransporte eskaliert

Von Marcus Meier

Nordrhein-Westfalen drohen wöchentliche Castortransporte über einen Zeitraum von drei Jahren. Der Atomschrott soll per Lkw von Jülich nach Ahaus gebracht werden.

Von 1967 bis 1988 produzierte das Versuchs-AKW »AVR« des Kernforschungszentrums Jülich hochradioaktiven Müll - in einer Größenordnung von 152 Castorladungen. 1978 schlitterte der Reaktor haarscharf einem GAU vorbei. Und durfte doch weiter laufen. Ab 1993 wurde der Müll in einem standortnahen Zwischenlager aufbewahrt. Dessen Genehmigung läuft in zwei Jahren ab. Doch nach all den Jahrzehnten gibt es keine tragfähige Lösung für dieses spezifische Atommüllproblem.

Immerhin, nun wird das Thema virulent. Denn vor einer Woche entschied der Aufsichtsrat der nun Forschungszentrum Jülich heißenden GmbH: Der Müll soll in das Brennelementezwischenlager Ahaus verfrachtet werden. Haupteigentümer des Jülicher Zentrums ist der Bund. Die Hand zum Ja erhoben insbesondere die Bundesminister Schavan (Forschung), Rösler (Wirtschaft) und Röttgen (Umwelt) - letzterer auch Landeschef der CDU in NRW. Über das Ansinnen entscheiden wird das Bundesamt für Strahlenschutz.

Nun drohen NRW sage und schreibe 152 Castortransporte binnen weniger Jahre. 180 Kilometer liegen die Zwischenlager Jülich und Ahaus auseinander. Der Transport soll überwiegend per Lkw erfolgen. Ein Affront gegen Landesregierung und Landtagsmehrheit, die gegen die Transporte sind. Schon haben Anti-AKW-Bewegung, Linkspartei und Grüne Proteste angekündigt.

Die Argumente der Gegner: Die Transporte seien nicht nur gefährlich und kaum durchsetzbar, sondern auch überflüssig. Überdies sei Ahaus nicht geeignet, um den Müll aufzunehmen. Der solle doch besser standortnah gelagert werden - bis er in ein künftiges Endlager transportiert werden könne. Doch dafür müsste das Jülicher Zwischenlager binnen weniger Monate umgebaut werden.

Gestern debattierte nun der NRW-Landtag über den drohenden Transportmarathon. Insbesondere stritt man darum, welcher Minister auf Bundes- oder Landesebene wann

welchen (vermeintlichen oder tatsächlichen) Fehler beging. Wer wann welche Ängste schürte oder Sicherheitsbedürfnisse ignorierte. Und, natürlich, welcher Partei der Missetäter angehörte.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft umwarb die oppositionellen Christdemokraten: Gemeinsam mit der rot-grünen Landesregierung solle die Landes-CDU Druck auf die Bundesregierung ausüben. »Dann«, so die Sozialdemokratin, »können wir diese verantwortungslosen Transporte verhindern.« Nun mag die NRW-CDU Druck von der eigenen Basis vor Ort bekommen. Dass sie aber gegen ihre eigene Kanzlerin und ihren eigenen Landeschef Röttgen aufbegehrt, ist unwahrscheinlich.

Rüdiger Sagel (LINKE) ließ denn auch weder das rot-grüne noch das schwarz-gelbe Lager ungeschoren. Die Sicherheitsargumente seien nur vorgeschoben. Schließlich sei das Zwischenlager in Jülich eine bessere Turnhalle, jenes in Ahaus eine »münsterländische Scheune«. »Es geht Ihnen nur ums Geld«, rief Sagel.

Für diese Einschätzung spricht einiges: Der Ausbau des Lagers am Jülicher Standort würde 180 Millionen Euro kosten - bezahlen müsste überwiegend der Bund. Für die Transporte nebst Polizeieinsätzen veranschlagt die Bundesregierung freundlich geschätzte 60 Millionen Euro. Dafür aufkommen müsste das Land NRW.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/212938.lkw-kolonnie-mit-radioaktiver-fracht.html>